

9. Mai 2011 12:40 Interview mit Linde-Chef Wolfgang Reitzle

Interview: K.-H. Büschemann und H.-J. Jakobs

"Was in Fukushima passiert ist, kann hier nicht passieren"

SZ: *Herr Reitzle, wie finden Sie den Satz: "Es gibt keine rechte oder linke, es gibt nur gute oder schlechte Wirtschaftspolitik?"*

Wolfgang Reitzle: Den kann ich unterschreiben. Ich kenne ihn vom früheren Bundeskanzler Gerhard Schröder.

SZ: *Täuscht der Eindruck, dass das Verhältnis der deutschen Unternehmenschefs zum früheren SPD-Regierungschef besser war, als es die Beziehung zur heutigen Kanzlerin Angela Merkel ist?*

Reitzle: Schröder war sehr aufgeschlossen für Wirtschaftsfragen. Ich habe ihn relativ häufig getroffen. Auch die Kanzlerin sehe ich regelmäßig, das letzte Mal Ende des Jahres im kleinen Kreis. Bei Frau Merkel hängt die Enge des Kontakts von den Themen ab, die sie gerade beschäftigen. Manche meiner Kollegen treffen Frau Merkel wahrscheinlich häufiger als ich. Unser [Unternehmen](#) steht aber auch nicht so im Blickpunkt.

SZ: *Tut man sich als Manager mit einem Kanzler leichter, wenn man mit ihm mal eine Zigarre rauchen und ein Glas Rotwein trinken kann?*

Reitzle: Ich rauche zwar keine Zigarren, aber natürlich spielt manchmal auch die Atmosphäre eine Rolle. Jeder hat da seinen eigenen Stil.

SZ: *Union und FDP gelten traditionell als wirtschaftsfreundlich. Wie zufrieden sind Sie mit der Wirtschaftspolitik von Frau Merkel?*

Reitzle: Wenn die Energiepolitik zur Wirtschaftspolitik zählt, kann man damit derzeit nicht zufrieden sein. Bei einem so wichtigen Thema handelt die Regierung eher ideologisch als faktenbasiert.

SZ: *Was stört Sie an der Energiepolitik der Bundesregierung? Sie wollte rasch auf die Atom-Katastrophe in Japan reagieren.*

Reitzle: Wenn ein Land die Atomenergie in Frage stellen sollte, dann doch wohl Japan und nicht Deutschland. Bei uns wird der schnelle Ausstieg aus der Kernenergie unter dem Eindruck des Unglücks von Fukushima entschieden.

SZ: *Die Kernenergie ist nicht allein das Problem von Japan.*

Reitzle: Richtig. Aber eines muss uns allen klar sein: Mit dem sich jetzt abzeichnenden schnellen Ausstieg werden der Preis für Strom und der Ausstoß von Kohlendioxid in Deutschland steigen. Es ist unrealistisch, die Atomenergie in wenigen Jahren durch regenerative Energie ersetzen zu wollen. Die Kernenergie ist die preisgünstigste Energie,

selbst wenn im Preis von Atomstrom nicht alle Kosten berücksichtigt sind. Zudem ist sie umweltfreundlich, weil sie CO₂-frei ist.

SZ: *Von den Risiken reden Sie nicht.*

Reitzle: Doch, und deshalb bin ich dafür, noch mehr in die Sicherheit von Kernkraftwerken zu investieren. Sie sollten so sicher sein, dass überhaupt kein Störfall mehr denkbar ist. Selbst dann wäre der Atomstrom immer noch billiger als der Strom aus Kohle oder anderen Energieträgern.

SZ: *Auch ein wichtiger Industriemanager muss akzeptieren: Die Menschen wollen Kernenergie nicht mehr.*

Reitzle: Dies ist in erster Linie ein deutsches Phänomen. Dabei muss man doch sachlich feststellen: Was in Fukushima passiert ist, kann hier nicht passieren. Trotzdem gibt es bei uns eine auf dieses Ereignis bezogene, emotional geleitete Entscheidung. Die Folgen für die Industrie wurden nicht bedacht. Mir fehlt in der Debatte eine fundierte Analyse, mir fehlt die Gesamtschau auf die Folgen dieses Schwenks und mir fehlt ein Gesamtkonzept, das alle Einflussfaktoren berücksichtigt. Hauruck-Schritte sind bei so einem wichtigen Thema nicht zielführend. Wenn der Strompreis zu hoch wird, besteht die Gefahr, dass Unternehmen abwandern.

SZ: *Fukushima ist wohl ein Anlass, die Atomenergie zu überdenken. Warum drohen Sie gleich mit Abwanderung?*

Reitzle: Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich halte ein Moratorium für absolut richtig. Die Risiken müssen neu geprüft, und es muss analysiert werden, was wir aus Fukushima lernen können. Aber warum gleich abschalten und dann den Atomstrom aus Tschechien oder Frankreich importieren? Ist damit das Risiko für uns gebannt? Wenn schon Ausstieg, dann brauchen wir eine europaweit abgestimmte Regelung, keinen deutschen Alleingang.

SZ: *Noch einmal: Wieso glauben Sie, dass Industrien dieses Land verlassen?*

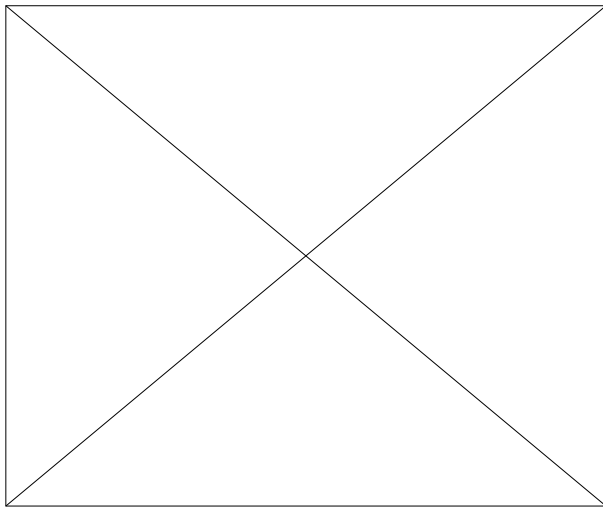
Reitzle: Eine sichere, verlässliche und bezahlbare Energieversorgung ist die Voraussetzung, um als Industriestandort nachhaltig erfolgreich zu bleiben. Wenn wir den Strompreis über ein bestimmtes Niveau nach oben treiben, beeinträchtigen wir unsere Wettbewerbsfähigkeit. Das gilt besonders für die chemische Industrie. Die derzeitige Energiepolitik lässt den nötigen Weitblick vermissen.

SZ: *Was hätten Sie denn gemacht nach Fukushima?*

Reitzle: Wir sind in der Wirtschaft gewohnt, eine neu auftretende Situation so genau wie möglich zu analysieren, zu bewerten und daraus die entsprechenden Schlüsse zu ziehen und Szenarien für unser Handeln zu entwickeln. Das erwarte ich auch von einer Regierung. Die ehrgeizigen Klimaziele, die wir uns in Deutschland gesetzt haben, sind jedenfalls auf der Grundlage der sich jetzt abzeichnenden Energiepolitik nicht zu erreichen.

SZ: *Wenn Sie das getan hätten: Was wäre dabei für die Lebenszeit der Atommeiler herausgekommen?*

Reitzle: Ich möchte betonen: Ich bin kein Verfechter der Kernenergie. Aber ich glaube nicht, dass wir aussteigen können, ohne die Strompreise und CO2-Emissionen deutlich zu erhöhen. Gut, vielleicht schafft man es in 15 Jahren, aber wohl kaum schneller.



SZ: Die Industrie hat doch bewiesen, über Lobbyarbeit und andere Mittel Einfluss auf die Regierung zu haben. Was läuft da aus Ihrer Sicht schief?

Reitzle: Derzeit sind sachliche Argumente nicht sonderlich gefragt . . .

SZ: Wie bitte? Noch im August hat die Bundesregierung auf Druck der Industrie sofort den Ausstieg aus dem Atomausstieg und die Laufzeitverlängerung beschlossen.

Reitzle: Die jüngste Entscheidung zum Ausstieg, zur Wende, kam völlig überraschend. Das ist ja meine Kritik.

SZ: Nach Fukushima musste die Regierung ähnlich radikal reagieren wie beim Ausbruch der Finanzkrise.

Reitzle: Das sehe ich anders. In der Finanzkrise mussten sie schnell handeln, weil wir alle direkt betroffen waren. Den [Unternehmen](#) ging es schlechter, Aufträge blieben weg, Menschen verloren ihre Arbeit und der Finanzwelt drohte der Kollaps. Das ging alle an. Fukushima liegt auf einer anderen Ebene. Fukushima ist zunächst einmal eine nationale Katastrophe in Japan ohne faktische Auswirkung auf uns.

SZ: Das glauben Sie nicht im Ernst! In Japan leben 100 Millionen in Angst. Die Menschen leiden, die Wirtschaft ist massiv beeinträchtigt und das hat Auswirkungen auf die Weltwirtschaft.

Reitzle: Durch das Abschalten der deutschen Kernenergie wird ja nicht das Problem der Japaner gelöst. Das alles ist ein großes Unglück, keine Frage, und mein großes Mitgefühl gilt jedem Einzelnen, der betroffen ist. Gerade deshalb sollten wir sachlich diskutieren.

SZ: Aber in Deutschland wird doch über alles Mögliche gestritten.

Reitzle: Gestritten wird in der Tat über alles Mögliche und auch über alles Unmögliche. Es gibt aber Themen, bei denen eine konstruktive Debatte kaum zustande kommt. Dazu zählt die Kernenergie, die Politik zum Euro oder das Thema Sozialstaat. Wer zu diesen, quasi

tabuisierten, Themen Kritik äußert, gerät schnell ins Abseits. Dabei werden notwendige nachhaltige Reformen verschleppt, etwa bei den Systemen der sozialen Sicherung. Und auch die Bildung wird vernachlässigt. Talente werden nicht genug gefördert, der Trend zur Egalisierung hält an.

SZ: *Herr Reitzle, wollen Sie damit sagen: Mächtige große Konzerne gehen vor Tabuthemen in die Knie?*

Reitzle: Es gibt zumindest die Erkenntnis, dass es wenig hilfreich ist, sich bei bestimmten Themen zu sehr zu exponieren. Offene Gespräche finden nur noch in kleinen Zirkeln statt. Aber damit bewegen wir nichts. Das müssen wir ändern.

SZ: *Schaffen Sie doch einfach eine Plattform zum Austausch von Ideen.*

Reitzle: Ich denke, dazu sollte die Bundesregierung den Anstoß geben. Ich wünsche mir eine Plattform für einen nationalen Diskurs mit Persönlichkeiten aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen, die etwas zu einem wichtigen Thema beitragen können. Wir können die wichtigen Themen des Landes nicht bevorzugt in den Fernseh-Talkshows behandeln.

SZ: *Sie haben offenbar auch Kritik an den Rettungsschirmen für den Euro. Wieso eigentlich? Gerade die deutsche Wirtschaft hat vom Euro gewaltig profitiert.*

Reitzle: Die Währungsunion hat einen entscheidenden Webfehler. Kultur, Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder sind zu unterschiedlich. Zudem wurden die Stabilitätskriterien einfach ignoriert. Jetzt ist das System außer Kontrolle geraten - und es wird schwierig, es wieder zu korrigieren.

SZ: *Es gibt die Schutzschirme.*

Reitzle: Ja, und wenn die gezogen werden, kommen selbst Länder wie Deutschland ins Trudeln.

SZ: *Was wollen Sie? Den Rauswurf der Griechen aus dem Euro? Oder den großen Schuldenschnitt für Griechenland?*

Reitzle: Ich habe keine fertige Lösung für dieses Dilemma. Ich kann nur feststellen: Griechenland ist pleite.

SZ: *Aber Athen hat enorm gespart . . .*

Reitzle: Griechenland hat über seine Verhältnisse gelebt und sich in eine Lage manövriert, aus der es selbst nicht mehr herauskommt, schon gar nicht durch Sparen allein. Das wird zur Dauersubvention, das muss allen klar sein. Wie sollen die starken Länder, die selbst ihre liebe Not haben, die Schulden in den Griff zu bekommen, auch noch die Lasten anderer tragen? Die Finanzkrise ist doch überhaupt noch nicht ausgestanden. Die Konsequenzen der Euro-Rettungsaktionen werden unterschätzt.

SZ: *Griechenland soll in die Insolvenz, so wie Russland, Mexiko, Argentinien?*

Reitzle: Die Dimension ist jetzt sogar viel größer. Es ist fraglich, ob es überhaupt noch einen Weg zurück gibt. Für griechische Staatsanleihen wird es ohne einen Schuldenschnitt, den sogenannten *Haircut*, nicht gehen. Daran müssen die privaten Gläubiger beteiligt werden. Es kann doch nicht sein, dass Finanzinvestoren für griechische Anleihen wegen des hohen Risikos höhere Zinsen bekommen, das Risiko für sie aber gleich null ist, und alles der Steuerzahler übernimmt.

SZ: *Ist der Euro bei den Politikern in guten Händen?*

Reitzle: Wenn man keine Gesetze einführt, die die Politik zum Maßhalten zwingen, geraten wir immer tiefer in die Schuldenspirale.

SZ: *Es gibt ja die Schuldenbremse. Sie besagt, dass von 2015 an die Neuverschuldung deutlich sinken muss.*

Reitzle: Aber die müsste es auch in anderen Ländern geben.

SZ: *Die Deutschen haben vom Euro profitiert wie keine andere Nation. Auch exportstarke Konzerne wie Linde hatten den Nutzen davon. Ist der Euro nun eher Bindemittel oder Sprengsatz?*

Reitzle: Der Euro war als Bindemittel gedacht und hat mittlerweile Spaltpotential. Er sollte als Überbau dafür sorgen, dass Europa politisch leichter zusammenwächst. Das funktioniert nicht. Europa geht wie Amerika geschwächt aus der Finanzkrise hervor, Asien ist zur Konjunkturlokomotive geworden. Die Wirtschaftskräfte verschieben sich noch stärker Richtung Osten.

SZ: *Wollen Sie zur D-Mark zurück?*

Reitzle: Ich gehöre zu denen, die im Euro einen Vorteil für die Exporte sehen. Aber ich glaube nicht, dass morgen alles zusammenbrechen würde, wenn es ihn nicht mehr gäbe. Sicher, die Mark wäre heute sehr stark, das stimmt. Aber die deutsche Wirtschaft ist immer mit einer gewissen Aufwertungstendenz zurechtgekommen. Vermutlich hätte die Mark bei uns zu einer etwas höheren Arbeitslosigkeit geführt, weil Produktionsstandorte verlagert worden wären. Aber wäre das schlechter gewesen als unsere jetzigen Alternativen? Die möglichen Szenarien reichen bis hin zum Währungsschnitt.

SZ: *Sie übertreiben maßlos!*

Reitzle: Nein. Die Situation ist kritisch, schauen Sie sich die implizite Staatsverschuldung an: Wenn man in Deutschland alle Zahlungsversprechen, Pensionsverpflichtungen und Schulden addiert, kommt man auf eine Summe, die 400 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung ausmacht. Da steht Spanien mit 240 Prozent fast schon als Musterknabe da! Wir haben überschuldete Staaten. Die Bürger werden eines Tages von ihren Regierungen entweder durch massive Steuererhöhungen oder durch hohe Inflation zur Kasse gebeten und dürfen die Schulden bezahlen. Da darf die Politik den Bürgern nichts vormachen.

SZ: *Eine Antwort auf aktuelle Gefahren ist der Trend zur Ökologie. Wie sehen Sie den wachsenden Einfluss der neuen konservativen Grünen-Bewegung, wie man es in Baden-Württemberg erlebt?*

Reitzle: Wenn "Grün" ein Symbol für Umweltschutz und Energieeffizienz ist, und Deutschland dabei eine führende Rolle spielt, dann ist das in Ordnung. Dann kann ich Gutes für die Umwelt mit nachhaltigen Produkten verbinden. Davon profitiert auch ein Unternehmen wie Linde, das etwa Vorreiter bei der Wasserstofftechnologie ist oder die Technik zur Verflüssigung von Erdgas stellt. Dann haben wir einen positiven volkswirtschaftlichen Effekt. Wenn ich aber "Grün" als idealistisches Weltbild verstehe, das zu technikaversen Verhalten führt, muss man Sorge haben. Dann wird der Lebensstandard hier unweigerlich sinken.

SZ: *Das können Sie sich nicht aussuchen. Die Menschen werden zunehmend wirtschaftskritisch, politikmüde sind sie schon lange. Sie trauen Nicht-Regierungsorganisationen wie Greenpeace, Transparency International oder Foodwatch - und nicht Konzernen.*

Reitzle: Da müssen wir, die Vertreter der Wirtschaft, gegensteuern. In der Vergangenheit ist ein Bild entstanden, das wir zu lange haben stehen lassen. Es suggeriert, alle Manager seien nur auf ihren persönlichen Vorteil bedacht, und die Firmen auf kurzfristigen Gewinn. Wir müssen eines deutlich machen: Erst qualifizierte Jobs erlauben Wohlstand. Deutschland ist technologisch führend, weil wir in der Vergangenheit nicht der Almhüttenromantik gefolgt sind.

SZ: *Das heißt, die Deutschen müssen die Wirtschaft wieder lieben lernen?*

Reitzle: Nicht unbedingt, sie sollten sie aber stärker wertschätzen. Und für uns heißt das, dass die Wirtschaft sich stärker als in der Vergangenheit zu Wort melden muss. Wir dürfen das nicht allein Politikern und Medien überlassen.

Wolfgang Reitzle, 62, der Vorstandsvorsitzende des Gas- und Chemieunternehmens Linde, gehört zu den erfolgreichsten deutschen Industriemanagern. Seine berufliche Karriere begann der Neu-Ulmer 1976 bei BMW, wo er eine Blitzkarriere hinlegte. Der Konzernpatriarch Eberhard von Kuenheim holte den Ingenieur im Alter von 38 Jahren in den Vorstand.

Reitzle gilt als eigenwillig. Er ist kein großer Teamspieler. Frühere Mitarbeiter schildern ihn voller Bewunderung als einen arbeitswütigen Entwicklungschef mit gelegentlich egomanen Zügen, der sich stundenlang ganz allein mit Design-Modellen künftiger Autos einschloss, um am Ende zu verkünden, wie die neue Fahrzeugreihe aussehen soll. Als die Amtszeit von Kuenheim zu Ende ging, galt Reitzle als Anwärter für den Chefposten bei BMW. Doch der Aufsichtsrat entschied sich 1993 für Bernd Pischetsrieder. Als der 1999 wieder abberufen und Reitzle erneut übergangen wurde, verließ er BMW. Er ging zu Ford, um in dem US-Auto-Konzern die Luxus-Sparte zu leiten.

Seit 2002 ist Reitzle bei Linde, am 1. Januar 2003 wurde er Vorstandschef. Seitdem hat er das Unternehmen, das Industriegas, Anlagen, Kühlmaschinen und Gabelstapler herstellte, zum reinen Gas- und Anlagenbauer gemacht. Er bewerkstelligte die anspruchsvolle Fusion von Linde mit dem britischen Konkurrenten BOC geräuschlos. Seit Oktober 2009 leitet Reitzle auch den Aufsichtsrat von Continental, wo er es schaffte, das Unternehmen mit seinem neuen Großaktionär Schaeffler zu versöhnen, der 60 Prozent der Anteile hält.

Wolfgang Reitzle ist seit 2001 mit der Fernsehmoderatorin Nina Ruge verheiratet, und es ist ihm unangenehm, wenn in Artikeln über ihn sein gutes Golf-Handicap erwähnt wird.

